

REPowerEU

Gemeinsamer EU-Aktionsplan für leistbare, sicherere und nachhaltigere Energie

Umgang mit der aktuellen Notlage

- Die aktuell hohen Energiepreise belasten die Volkswirtschaft (Haushalte und Unternehmen). Für 2022 wird ein BIP-Verlust von 0,5 Prozentpunkten erwartet.
- Die EU-Toolbox I enthält wirksame Entlastungsmaßnahmen, die – wenn nötig – fortgesetzt werden sollen.
- EU Kommission prüft Optionen zur Verbesserung des Strommarktdesigns.

Endkundenpreise mildern, Unternehmen unterstützen

- Die EU Kommission bestätigt die gemäß Artikel 5 Strombinnenmarkt-Richtlinie zulässigen Maßnahmen zur Preisregulierung und Transfermechanismen zum Schutz von Verbrauchern und Wirtschaft.
- Die EU Kommission verweist auf die Möglichkeiten kurzfristiger Entlastungen gemäß bestehendem EU-Beihilferecht für Unternehmen und Landwirtschaft
- Für die EU-Leitlinien für Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem ETS. stellt die EU Kommission gezielte Ergänzungen der Sektorenliste in Aussicht.
- Die Kommission kündigt eine Konsultation der Mitgliedsstaaten zur Schaffung eines neuen eigenständigen Beihilferahmens „Temporary Crisis Framework“ (Maßnahmen zur Stärkung der Liquidität, staatliche Beihilfen für v.a. energieintensive Unternehmen)
- Neben der Verwendung der ETS-Erlöse nennt die Kommission als Option der Finanzierung derartiger kurzfristigen Mechanismen auch nationale, zeitlich begrenzte steuerliche Maßnahmen auf „windfall profits“ (IEA: 2022 bis zu 200 Mrd. Euro).

Diversifizierung der Gasversorgung

- Abhängigkeit von Russland verringern: Pipeline-Gas aus anderen Ländern (10 billion cubic metres), importieren, Importe von Flüssig-Erdgas erhöhen (50 bcm). Mit diesen Mengen könnte die Abhängigkeit von Russland 2022 um fast zwei Drittel reduziert werden.
- Europäische Produktion von Biomethan auf 35 bcm jährlich bis 2030 steigern
- Erdgas durch Wasserstoff ersetzen: Umsetzung des Fit-for-55 Pakets bis 2030 ermöglicht die Produktion von 5,6 Mio. Tonnen grünem Wasserstoff, zusätzliche Maßnahmen könnten weitere 15 Mio. Tonnen Wasserstoff bringen (davon 10 Mio. Tonnen importiert). Zudem braucht es eine besseren Wasserstoff-Infrastruktur.

Abhängigkeit von Fossilen rascher reduzieren

- Ausbau von Solar- und Windkraft: Verdoppelung der installierten Leistung bis 2025, Verdreifachung bis 2030. Ausbau von Dach-PV 2022 um 15 TWh (minus 2,5 bcm)
- Sicherung der Wertschöpfungskette für PV, Windkraft und Wärmepumpen in Europa
- Wärmepumpen: Verdoppelung der Wachstumsraten führt zu 10 Mio. installierten Wärmepumpen

(insgesamt minus 12 bcm) in den nächsten 5 Jahren führen.

- Dekarbonisierung der Industrie: wasserstoffbasierte Lösungen vorantreiben und Wettbewerbsfähigkeit strombasierter Lösungen in der Industrie verbessern

Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

- Vereinfachung und Verkürzung von Genehmigungsverfahren um den Erneuerbare-Energie-Ausbau (EE) zu beschleunigen (Umsetzung der RED III, TEN-E und nationale Reformen gemäß Resilienz- und Wiederaufbaupläne der Mitgliedsstaaten)
- Mitgliedsstaaten sollen sicherstellen, dass EE- und Netzausbau (von überwiegendem öffentlichen Interesse) den einfachsten Planungs- und Genehmigungsverfahren unterliegen.
- Mitgliedsstaaten sollen notwendige Flächen sicherstellen. In dem gemäß EU Biostrategie 2030 geplanten Gesetz zur Wiederherstellung der Natur soll ein Vorschlag zur Festlegung von RES „go to“ areas enthalten sein, wodurch die Vereinbarkeit von Natur- und Klimaschutz sichergestellt werden soll.
- Im Mai 2022 folgt eine EU-Mitteilung mit Maßnahmen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von EE-Projekten. Zudem ist ein Leitfaden für Regulatory Sandboxes (Naturschutz und Erneuerbare) geplant.
- Um Power Purchase Agreements (PPAs) zu fördern prüfen EU-Kommission und Europäische Investitionsbank (EIB) bis Ende 2022 die am besten geeigneten Finanzierungsmechanismen.

Vorbereitungen für nächsten Winter starten

- Die EU Kommission kündigt einen Gesetzesvorschlag bis April an, wonach bis zum 1. Oktober die EU-Gasspeicher zu mindestens 90 Prozent gefüllt sein müssen. Die Möglichkeit reduzierter Netztarife soll von 50 auf 100 Prozent angehoben werden.
- Mitgliedsstaaten können weitere Anreize zum Füllen der Gasspeicher setzen (z. B. in Form von Garantien „two-way contract for difference“)
- Verstärktes Augenmerk auf die Eigentumsverhältnisse von Gasspeichern als kritischer Infrastruktur (Zertifizierung durch die Regulierungsbehörden)
- Gemeinsame EU-Gasspeicherpolitik soll entwickelt werden künftig besser vorbereitet zu sein (z. B. joint procurements).
- EU-Kommission verweist zudem auf Maßnahmen zur kurzfristigen Absicherung gemäß Gas Security Supply Regulation (Solidaritätsmechanismus)

Bis zum Sommer 2022 will die Europäischen Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten einen REPowerEU Plan erarbeiten.

Link zum Bericht: <https://tinyurl.com/4ahw6z66>